Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2586

11. 10. 95

Antrag

der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Ernst Bahr, Wolfgang Behrendt, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Christel Deichmann, Peter Enders, Iris Follak, Katrin Fuchs (Verl), Iris Gleicke, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Wolfgang Ilte, Renate Jäger, Sabine Kaspereit, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Walter Kolbow, Thomas Krüger, Konrad Kunick, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Werner Labsch, Dr. Christine Lucyga, Winfried Mante, Dorle Marx, Christoph Matschie, Markus Meckel, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Gerhard Neumann (Gotha), Kurt Neumann (Berlin), Albrecht Papenroth, Renate Rennebach, Dr. Edelbert Richter, Siegfried Scheffler, Horst Schild, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Dr. Mathias Schubert, Richard Schuhmann (Delitzsch), Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Wieland Sorge, Jörg-Otto Spiller, Dr. Bodo Teichmann, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

jährlich einen Bericht zur Lage der deutschen Einheit dem Parlament zur Debatte vorzulegen. Darin soll sie Rechenschaft abgeben über ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung Auskunft geben darüber, was sie im laufenden Jahr zu tun gedenkt, um weitere Fortschritte bei der Herstellung der deutschen Einheit zu erzielen. Der Bericht soll anläßlich des Jahrestages der deutschen Vereinigung im Herbst eines jeden Jahres im Deutschen Bundestag debattiert werden.

Bonn, den 11. Oktober 1995

Rolf Schwanitz
Ernst Bahr
Wolfgang Behrendt
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Edelgard Bulmahn
Christel Deichmann
Peter Enders
Iris Follak
Katrin Fuchs (Verl)
Iris Gleicke
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Sabine Kaspereit
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Thomas Krüger
Konrad Kunick
Dr. Uwe Küster
Christine Kurzhals
Werner Labsch,
Dr. Christine Lucyga
Winfried Mante
Dorle Marx
Christoph Matschie
Markus Meckel
Herbert Meißner
Christian Müller (Zittau)
Gerhard Neumann (Gotha)
Kurt Neumann (Berlin)
Albrecht Papenroth
Renate Rennebach
Dr. Edelbert Richter
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Emil Schnell
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Brigitte Schulte (Hameln)
Ilse Schumann
Wieland Sorge
Jörg-Otto Spiller
Dr. Bodo Teichmann
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Siegfried Vergin
Reinhard Weis (Stendal)
Gunter Weißgerber
Dr. Peter Struck
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Fünf Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit sind die Gräben zwischen Ost und West noch immer tief. Den Menschen in Ostdeutschland wurde nach der Währungsunion der größte ökonomische, soziale und politische Strukturbruch in der neueren Geschichte zugemutet. Zwar geht der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland nunmehr voran, und das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West nimmt ab. Dennoch haben die Menschen in Ostdeutschland nicht selten zu Recht das Gefühl, als „Bürger zweiter Klasse" zu gelten. Die Bundesregierung hat über Jahre hinweg die wahren Lasten der deutschen Vereinigung zunächst geleugnet und später verschleiert. Sie hat damit unrealistische Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern geweckt, die nun in Ablehnung von und Verdrossenheit an der Politik umgeschlagen sind.

Es ist dringend notwendig, in einer großen Debatte des Deutschen Bundestages einmal im Jahr offen und umfassend über alle Probleme der Deutschen Einheit zu debattieren. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, jährlich einen Bericht zur Lage der deutschen Einheit im Parlament zur Debatte vorzulegen. In diesem Bericht hat die Bundesregierung insbesondere einzugehen auf wichtige ostdeutsche Entwicklungsfragen, so zum Beispiel auf

- die Lage auf dem Arbeitsmarkt,
- den jeweiligen Stand beim wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands einschließlich der Fragen der Fortsetzung der staatlichen Hilfen für diesen Aufbau,
- die Entwicklung der ostdeutschen Wohn- und Lebensverhältnisse unter besonderer Würdigung des Verhältnisses von Mietbelastung und Ausstattungszustand der Wohnungen, der Qualität des Wohnumfeldes sowie dem noch verbliebenen Investitionsbedarf,
- die wirtschaftliche und soziale Situation der Frauen in Ostdeutschland,
- die Perspektiven ostdeutscher Jugendlicher außerhalb und innerhalb des dualen Systems der Berufsausbildung,
- die Lage der von alter und neuer Armut Betroffenen,
- die Situation ostdeutscher Kommunen unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen den Einnahmen und den notwendigen Aufgaben und Ausgaben der Gebietskörperschaften,
- den Stand der Umweltbelastungen, die Sanierung der Umwelt-Altlasten sowie entsprechende Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen,
- die Entwicklung des inneren Friedens in Ostdeutschland unter besonderer Würdigung des Standes der Rehabilitierung der politisch Verfolgten in der SBZ/DDR,
- die Entwicklung unterschiedlicher Einstellungen und Haltungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland zum vereinten Deutschland.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333